

«Totentanz lähmt die Realwirtschaft»

FINANZPLATZ Bankprofessor Urs Birchler macht 5 Jahre nach der Lehman-Pleite ein Fragezeichen zur Sicherheit des Finanzsystems. Von einer Aufspaltung der Grossbanken verspricht er sich aber wenig.

INTERVIEW BALZ BRUPPACHER
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

Urs Birchler, wie sicher sind die Schweizer Grossbanken 5 Jahre nach dem Lehman-Konkurs und dem staatlichen Rettungspaket für die UBS?*

Birchler: Die Vertrauenskrise von 2008 ist einstweilen überwunden, und die Schweizer Grossbanken haben die Verluste aus dem Subprime-Debakel verdaut. Nach wie vor sind sie schwach kapitalisiert. Zwar haben sie heute deutlich mehr Eigenmittel – aber nur gemessen an den «risikogewichteten Anlagen».

Was heisst das?

Birchler: Die Verbesserung der Eigenmittelquote ist weniger darauf zurückzuführen, dass sie neues Kapital gebildet haben – also den Zähler erhöht haben – als auf die Verringerung der risikogewichteten Anlagen, das heisst des Nenners. Und da Banken die Risikogewichte mit eigenen, internen Modellen messen, bin ich skeptisch. Das ist wie wenn die Autofahrer die Radarfalle selber eichen dürften. Nach wie vor haben die Grossbanken pro Franken hartes Eigenkapital 40 Franken Schulden. Dies ist ein viel zu langer Hebel.

Wo sehen Sie die grössten Gefahren für das internationale Finanzsystem?

Birchler: Die grössten Gefahren lauern oft dort, wo man sie gerade nicht erwarten würde. Wer hätte je daran gedacht, dass eine amerikanische Steuerbehörde für eine Schweizer Bank lebensgefährlich werden könnte? Dann gibt es natürlich auch die «Klassiker»: Krisen im Immobilienbereich sind nach wie vor die häufigste Ursache von Bankenrisiken. Hier wird der Testfall kommen, wenn die Notenbanken dereinst die Zinssätze wieder erhöhen müssen.

Welche Risiken sind offensichtlich?

Birchler: International gesehen, liegt der grösste sichtbare Gefahrenherd in der noch schwelenden Staatsschulden- und Bankenkrise. Viele Staaten sind hochverschuldet, allen voran Japan, aber auch mehrere EU-Länder bis hin zu den USA. Die Perspektiven sehen noch düsterer aus, wenn man die Verpflichtungen aus der Alterssicherung mitberücksichtigt. Gleichzeitig gehen die Banken in mehreren europäischen Ländern an Krücken, zumal sie zum Teil hohe Guthaben bei ihren hochverschuldeten Regierungen halten. Dieser «Totentanz» von Banken



Bankenprofessor Urs Birchler am Paradeplatz in Zürich.
Keystone/René Ruis

und Staaten – so die Worte des britischen Ökonomen Charles Goodhart – lähmt zunehmend auch die Realwirtschaft.

Die Schweiz hat im internationalen Vergleich rasch auf das Too-big-to-fail-Problem reagiert. Reichen die bisher ergriffenen Massnahmen aus?

Birchler: Das Schweizer Konzept wäre nicht schlecht; im internationalen Vergleich steht

es sogar sehr gut da. Auch das beste Konzept ist nur so gut wie seine Umsetzung. Hier hapert es: Die Verschärfung der Eigenmittelanforderungen verpufft weitgehend in einer tieferen Einschätzung ihrer eigenen Risiken durch die Banken. Die Aufteilungspläne, welche die Banken in der Schublade haben müssen, funktionieren im Ernstfall kaum. Zudem sind nicht nur die beiden Grossbanken systemrelevant.

Welche Banken denn sonst noch?

Birchler: Es glaubt doch niemand ernsthaft, der Bund könnte einem Zusammenbruch der Postfinance zusehen. Auch die Raiffeisengruppe wäre eine Kandidatin. Natürlich sind solche Ereignisse unwahrscheinlich, aber sie werden eben gerade gefördert durch die Gewissheit der Staatshilfe im Problemfall.

Was halten Sie von der Forderung Ihrer Kollegen Admati und Hellwig, dass den systemrelevanten Grossbanken ungewichtete Eigenmittel von 20 bis 30 Prozent der Bilanzsumme vorgeschrieben werden sollten?

Birchler: Als erste Annäherung halte ich diesen Vorschlag für durchaus sinnvoll. Die Banken haben die Vorteile höherer Eigenmittel seit Jahren viel zu tief veranschlagt. Ob man 20 oder 30 Prozent verlangen soll, ist keine wissenschaftliche, sondern eine politische Entscheidung. Eines ist aber klar: Eine Kapitalquote von 3 Prozent ist der Weg ins Desaster.

Braucht es bei den Eigenmittelvorschriften einen Swiss Finish?

Birchler: Die Schweiz hat das grössere Problem als die meisten anderen Länder: Die Grossbanken sind sehr gross im Vergleich zur Volkswirtschaft. Insofern sind

«International gesehen liegt der grösste Gefahrenherd in der schwelenden Staatsschulden- und Bankenkrise.»

schärfere Vorschriften berechtigt. International haben die Banken einen gewissen Nachteil, wenn andere Länder nicht energisch gegen die implizite Staatshaftung vorgehen. Hier gilt es abzuwägen. Empirische Untersuchungen wie jene von Kugler und Junge finden nur einen geringen Kostennachteil durch massiv höhere Eigenmittelanforderungen. Die Gefahr einer finanziellen Katastrophe für den Bund aufgrund zu tiefer Anforderungen würde ich höher gewichten.

Im Nationalrat wurde diese Woche die Forderung nach einem Trennbankensystem lanciert. Sind direkte Eingriffe in die Struktur und Grösse der Banken geeignet?

Birchler: Ich wünschte, es wäre so einfach. Ein Trennbankensystem lässt sich nicht sinnvoll umsetzen. Es brächte uns nur einen neuen Wust von Detailvorschriften. Die zusätzlichen Beamten, die deren Einhaltung überwachen müssten, tun mir jetzt schon leid.

Sie haben aber selber gesagt, dass die Schweiz wegen der Grösse von UBS und Credit Suisse besonders exponiert ist.

Birchler: Auch eine Grössenbeschränkung ist nicht so einfach. Wir müssten die Grossbanken in mindestens je 20 kleinere Banken aufteilen. Ob diese dann das kleinere Systemrisiko darstellten, bezweifle ich. Man darf auch nicht meinen, viele kleine Banken hätten weniger Gewicht in der Politik als zwei grosse.

Dann ist die Trennbanken-Koalition von linken und rechten Politikern also auf dem Holzweg?

Birchler: Ich verstehe trotz allem den Wunsch nach einer Aufteilung der Banken. Wenn alle anderen Bemühungen nichts fruchten, warum dann nicht den grossen Befreiungsschlag wagen? Er wäre zwar – ich wiederhole – ökonomisch falsch, aber psychologisch verständlich.

Die Finanzmarktaufsicht Finma hat kürzlich erläutert, wie sie im Krisenfall notfalls auch die Bankgläubiger zur Deckung von Verlusten «bluten» lassen würde. Was halten Sie von diesem sogenannten Bail-in-Konzept?

Birchler: Das Bail-in-Konzept ist wichtig. Zuerst sollen die Aktionäre Verluste tragen, dann die ungeschützten Gläubiger. Eingeführt hat dies übrigens nicht die Finma, sondern der Gesetzgeber: Der Bail-in ist im Bankengesetz angelegt. Es ist auch nicht bloss eine «Strafe» für die Gläubiger. Gerade bei einer Bank fahren die Gläubiger meist besser mit einem Teilverzicht als bei einem «Grounding». Bei jedem Sanierungskonzept, auch beim Bail-in, besteht die Gefahr, dass sich die Behörden oder Gerichte verschiedener Länder das Bankvermögen gegenseitig streitig machen. Schuldpaniere mit vertraglich bereits eingebautem Bail-in wie die sogenannten CoCos (Contingent Convertibles) verringern diese Gefahr.

Wie gut ist das Schweizer System der Einlagensicherung?

Birchler: Die Einlagensicherung beruht auf zwei Säulen. Die eine ist das Konkursprivileg der geschützten Einlagen bis 100 000 Franken. Dieses stellt sicher, dass die Einleger im Falle einer Liquidation oder Zwangssanierung vorrangig bedient werden. Nachgeordnete Gläubiger erhalten nur, was dann noch an Substanz übrig ist. In diesem Sinn kennt die Schweiz den Bail-in schon seit 1934, als das Bankengesetz in Kraft trat. Die von der Schweizerischen Bankiervereinigung organisierte Einlagenversicherung ist die zweite Säule. Sie verspricht den Einlegern, deren privilegierte Forderungen zu bevorschussen. Die Einleger müssen nicht bis zum Verkauf oder der Liquidation der Bank warten, bis sie ihr Geld erhalten.

HINWEIS

*Urs Birchler (63) ist seit August 2009 Professor am Institut für Banking und Finance der Universität Zürich. Zuvor war der promovierte Ökonom Direktionsmitglied der Schweizerischen Nationalbank und vertrat diese unter anderem im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht.

ANZEIGE

Die sozialistische 1:12-Initiative eliminiert Stellen im Tieflohnbereich und vertreibt Arbeitsplätze mit hohen Einkommen ins Ausland. Damit verursacht sie **massive Einnahmen-Ausfälle bei der AHV.**

Die radikale Initiative der JUSO (Abstimmung vom 24. November) **schadet der Schweiz!**

Mit 1:12 entgehen der AHV und IV mindestens 560 Millionen Franken pro Jahr. Dies entspricht 300 000 Monatsrenten. Diese Löcher müssten KMU und Mittelstand stopfen.

sgv@usam

Schweizerischer Gewerbeverband, www.1-12-nein.ch

**NEIN
ZU 1:12**